

Kurzinformation:

Die mitteleuropäische „Alpenrepublik“ Österreich (althochdeutsch: ostarrichi, 996 n.Chr.) ist eng mit der Entwicklung des Kontinents verbunden. Die erste Republik entstand 1918 nach dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie, die zweite 1945 nach der NS-Diktatur. Heute ist die Republik Österreich eine gut in die Weltgemeinschaft integrierte Demokratie, Mitglied von UNO und EU (Zusammenarbeit (Friedensmissionen) mit der NATO ohne Mitgliedschaft und Beistandspflicht) sowie Sitz (Hauptstadt Wien) mehrerer internationaler Organisationen (dritter Amtssitz der UNO, OPEC, IAEO, diverse NGOs).

Kennzahlen	2018
Einwohnerzahl	8.86 Mio.
Fläche	83'879 km ²
BIP pro Kopf (nominal)	USD 47'290 (15. Rang)
Währung/Nationalbank	EUR seit 1999/2002. Die „Österreichische Nationalbank“ agiert als unabhängige Zentralbank auf Preisstabilität, Resilienz des Finanzsystems/ Bankensektors hin und setzt die von der Europäischen Zentralbank erlassenen Verordnungen für Österreich um.

Ausschlusskriterien:

Österreich verletzt keines der definierten Ausschlusskriterien.

ASK	2018	
Atomwaffen	AtomwaffenVERBOTS-Vertrag geht über AtomwaffenSPERR-Vertrag hinaus	✓
Militärbudget	0.63% des BIP	✓
Todesstrafe	Nein	✓
Energiepolitik	COP21 unterzeichnet, hervorragende Energiepolitik	✓
Menschenrechte	respektiert	✓
Grad der Demokratie	vollständig (Rang 16 von 167 Ländern)	✓

Politik

Das Bundes-Verfassungsgesetz von 1920 gilt im Wesentlichen bis heute (kleine Veränderungen seit 1929). Es sieht eine föderale, parlamentarische Republik mit Zweikammersystem (National- und Bundesrat), Bundespräsident als Staatsoberhaupt (seit 2017 Alexander Van der Bellen) und öffentlich-rechtlichen Interessenvertretungen (Kammern: Wirtschaftskammer, Kammer für Arbeiter und Angestellte, Landwirtschaftskammer u.a.) vor. Seit der Gründung der Republik Österreich wird die Parteienlandschaft von den zwei grossen Parteien ÖVP (christlich-konservativ) und SPÖ (sozialdemokratisch) dominiert. Mit dem Auftritt der Grünen (1980) und v.a. der FPÖ (freiheitliche Partei, rechtspopulistisch) brach das auch als „hyperstabil“ bezeichnete Parteiensystem auf. Die staatliche Parteienförderung ist in Österreich sehr hoch (zweithöchste „Demokratiekosten“ nach Japan). Die jüngste Regierungskrise (Abwahl des Bundeskanzlers Sebastian Kurz 2019) steht auch in Zusammenhang mit der Parteienfinanzierung (Strache-Skandal: Begünstigung der FPÖ mit undemokratischen Mitteln) und hat zur Bestimmung von Brigitte Bierlein als vorübergehende Bundeskanzlerin geführt. Stabile politische Verhältnisse (vgl. nachfolgende Indizes) sowie die Resilienz der politischen Kultur Österreichs geben Anlass zur Hoffnung, dass die gegenwärtige Regierungskrise in absehbarer Zeit gelöst werden kann. Die internationalen Abkommen zu Kulturgüterschutz und Biodiversität hat Österreich in die nationale Gesetzgebung eingebracht. Die Staatsverschuldung lag 2017 bei 79% des BIP (Finanzkrise) und soll bis 2023 wieder auf das Niveau von 2007 (ca. 60%) gesenkt werden.

Wirtschaft

Österreich gehört zu den wohlhabendsten Ländern der EU. In den vergangenen Jahren ist die Wirtschaft stetig gewachsen (2017: 3%) und die Arbeitslosigkeit konnte bis Juni 2018 auf 4.7% gesenkt werden. Die Indizes bestätigen das Bild einer stabilen, wettbewerbsfähigen und sozialen Marktwirtschaft – die Staatsquote von 50.7% liegt über dem EU-Durchschnitt, was u.a. auf das hohe Österreich aufgenommen Niveau der Sozialleistungen zurückgeführt wird. Der Dienstleistungssektor (Handel, Finanzen, Ganzjahres-Tourismus) hat einen Anteil von ca. 70% an der gesamtwirtschaftlichen Leistung. Ein relativ hoher Anteil (28%) wird in der Industrie (Maschinenbau, Automobilzulieferer, einige Mittelstandsbetriebe mit Position von Weltmarktführern) erarbeitet und 2%

entfallen auf Bergbau (u.a. Sand, Kies, Metall, Salz, Erdöl), Land- und Forstwirtschaft (Feldfrüchte, Wein). Hauptsächliche Handelspartner sind die umliegenden Staaten und die USA. Österreich importiert jährlich für zwischen EUR 3 und 5 Mrd. mehr Güter als das Land exportiert.

Indizes	2016/2019	Trend
Press Freedom Index	Rang 16 von 180	→
Corruption Perceptions Index	Rang 14 von 180	→
Freedom House	Frei (93 von 100)	→
Human Development Index	Rang 20 von 189	→
Social Progress Index	Rang 20 von 147	→
CO ₂ Footprint	16.51 (USA: 26.46, DE: 15.73)	→
Waterfootprint	3'366 (USA: 5'471, DE: 2'746)	→

Soziale Integration

Die Sozialquote gehört mit 27.8% des BIP zu den höchsten im EU- und OECD-Vergleich (nach Frankreich, Dänemark, Finnland, Niederlande und Belgien) und ist stärker gewachsen als die Wirtschaft. 42% der Gesamtausgaben fließen in die soziale Sicherung, was die relativ hohe Ungleichheit der Vermögen (aber ausgewogene Einkommensverteilung) in Österreich mildert. Das Bildungswesen (9.6%) ist gut ausgebaut und erreicht in PISA-Studien OECD-Mittelwerte. Das Gesundheitssystem (15.8%) gehört zu den teuersten, aber auch zu den qualitativ besten und zeichnet sich durch ein hohes Mass an Zugangsgerechtigkeit und eine solidarische Krankenversicherung aus. Der Grad sozialer Integration ist seit Jahren gut, was sich auch in hoher Lebenserwartung und geringer Säuglingssterblichkeit in Österreich auswirkt. In jüngster Zeit ist sie durch die Migrationsfrage belastet. Die Bevölkerung ist zwar relativ homogen (die Staatssprache Deutsch ist Muttersprache von fast 90% der BürgerInnen) und bekennt sich mehrheitlich zur römisch-katholischen Konfession. Die Anzahl von Menschen mit Migrationshintergrund in der Bevölkerung ist von 2013 (19%) bis 2015 (21%) und danach weiter angestiegen. Das Erstarken rechtspopulistischer Kräfte muss wohl v.a. auf diesem Hintergrund verstanden werden und ist ein Grund der weniger stabilen politischen Gegenwart.

Energiepolitik

Die Energie- und Klimastrategie basiert auf dem europäischen Energie- und Klimapakete (2008), fokussiert auf Energieeffizienz, Stärkung erneuerbarer Energien sowie Sicherung der Energieversorgung und kann auf natürlichen Privilegien aufbauen (v.a. Wasserkraft). Das gebaute AKW Zwentendorf wurde aufgrund einer Volksabstimmung 1978 nie in Betrieb genommen; Kernenergie soll auch in Zukunft nicht genutzt werden. Der Strommix fällt seit Jahren vorteilhaft aus: mit erneuerbaren Trägern können ca. 85% der Elektrizität gewonnen werden, fossile Träger (Erdgas, Erdöl, Kohle) werden zu ca. 15% dazu genutzt. Der Gesamtenergieverbrauch ist zu ca. 68% auf fossile Träger angewiesen; die diesbezügliche Abhängigkeit vom Ausland soll in den kommenden Jahren vermindert werden. Der Anteil erneuerbarer Energie am Gesamtenergieverbrauch ist seit 2000 von 20% auf 32% gestiegen, was weit über dem EU-Durchschnitt (17.5%) liegt. Die anvisierten 34% können in Österreich mit Ausbau der Träger Wasser, Wind, Biomasse und Sonne leicht erreicht werden. Es ist anzunehmen, dass der Water-Footprint auf relativ hohem Niveau bleiben, der CO₂-Footprint in den kommenden Jahren aber sinken wird.

Menschenrechte

Amnesty International erwähnt im Länderbericht das Asylrecht (Ausschaffung von Asylsuchenden), Versammlungsfreiheit (punktuelles Verbot), Schutz der Privatsphäre (Überwachungsmethoden) und Diskriminierung (Verschleierung, gleichgeschlechtliche Ehe) kritisch. Der Schutz der Menschenrechte ist institutionalisiert und der politische Diskurs zu kritischen Fragen verläuft in geregelten Bahnen. In Österreich stehen die Menschenrechte nicht grundsätzlich in Frage.

Ethik-Komitee 2019-06-28

aufgenommen

Die Volkswirtschaft Österreichs ist stabil und hat das Land auf ein hohes Wohlstandsniveau gebracht. Ausschlusskriterien sind nicht tangiert. Die Institutionen zeichnen sich durch die Bereitschaft aus, soziale Integration zu gewährleisten und die Menschenrechtssituation ist trotz punktueller Kritik gut. Energiepolitisch nutzt das Land natürliche Vorteile für eine effektive Klimastrategie. Es ist davon auszugehen, dass die gegenwärtige politische Instabilität in kurzer Zeit überwunden wird. Wir empfehlen, den Titel im Anlageuniversum zu belassen.